



Pressemitteilung Flüchtlingsrat Berlin
vom 19.02.2020

Flüchtlingsrat Berlin e.V.
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
Tel: (030) 22 47 63 11
Fax: (030) 22 47 63 12
buero@fluechtlingsrat-berlin.de
www.fluechtlingsrat-berlin.de

Flüchtlinge vor Corona schützen!

Flüchtlingsrat fordert wirksamen Schutz von Flüchtlingen in Sammelunterkünften, die Aussetzung von Abschiebungen und Evakuierungsflüge für die in griechischen Lagern festsitzenden Flüchtlinge

Flüchtlinge in Berlin sind aufgrund der Unterbringung in Sammelunterkünften und häufiger Behördentermine besonders von einer Infektion bedroht. Der Flüchtlingsrat fordert den Berliner Senat auf, die Belegungsdichte in den Unterkünften sofort zu reduzieren und besonders gefährdete Personen in Einzelappartements unterzubringen. Es bedarf weiterhin organisatorischer Maßnahmen, um das sozialrechtliche Existenzminimum und den Zugang zu medizinischer Versorgung auch während der Corona-Krise für alle Menschen zu gewährleisten und rechtsstaatliche Aufenthalts- und Asylverfahren sicherzustellen.

Dazu gehört es, Aufenthaltspapiere und Sozialleistungen von Amts wegen zu verlängern, Fristsetzungen aufzuheben und die Geflüchteten umfangreich und tagesaktuell in den jeweiligen Sprachen zu informieren. Abschiebungen müssen offiziell ausgesetzt und Abschiebehäftlinge freigelassen werden.

Die ohnehin völlig untragbare Situation in den griechischen Flüchtlingslagern und an der Grenze zur Türkei droht sich angesichts der schnellen Ausbreitung der Covid-19-Virus zu einer humanitären Katastrophe zu entwickeln. Deutschland muss Evakuierungsflüge nicht nur für deutsche Tourist*innen, sondern auch für gestrandete Geflüchtete auf den griechischen Ägaisinseln und an der Landgrenze zur Türkei durchführen. Hierfür muss in Berliner Unterkünften die nötige Aufnahmekapazität bereitgestellt werden.

Unsere Forderungen im Einzelnen:

Griechenland/Türkei – Flüchtlinge sofort evakuieren! Leave No One Behind!

Mangels Zugang zu medizinischer Versorgung und Hygiene droht in den völlig überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln und an der Landgrenze zur Türkei ein Massensterben. Die Corona-Krise darf gerade nicht Anlass sein, um Aufnahmeprogramme auf Eis zu legen, sondern im Gegenteil, die Menschen müssen sofort ausgeflogen werden. Tests und Quarantäne nach Einreise sind möglich.

Petition zahlreicher Prominenter aus Kultur und Politik:

www.change.org/p/leavenoonebehind-jetzt-die-corona-katastrophe-verhindern-auch-an-den-außengrenzen

Sammelunterkünfte: Gesundheitlich gefährdete Menschen schützen, Kapazitäten ausweiten

Die Belegung der Unterkünfte ist zu entzerren, um das Infektionsrisiko zu reduzieren. Gesundheitlich besonders gefährdete Menschen sind in Unterkünfte mit **eigenem Koch- und Sanitärbereich** zu verlegen. Um dafür und für die Aufnahme aus Griechenland ausreichend Unterbringungskapazitäten zu schaffen, muss der Senat derzeit **leere Hotels, Hostels, Ferienappartements usw. anmieten** und leergezogene Unterkünfte reaktivieren.

Quarantänemaßnahmen auf Infizierte und Kontaktpersonen beschränken

In Verdachtsfällen ist für Bewohner*innen von Sammelunterkünften der sofortige Zugang zur Testung sicherzustellen. Nicht Betroffene sind schnellstmöglich aus den Unterkünften zu evakuieren. Sollte eine Quarantäne nötig werden, muss für eine adäquate soziale, medizinische und psychologische Betreuung der betroffenen Menschen gesorgt werden. Pauschal ganze Unterkünfte von Polizei und Security abzuriegeln, wirkt nicht als Schutz, sondern als Freiheitsentzug im Internierungslager. Der Einsatz von Polizeihundertschaften wie kürzlich in Thüringen eskaliert nur die Probleme.

Zugang zu Nachrichten und Information sichern

Unter den Geflüchteten gibt es ein großes Informationsdefizit, seriöse Informationen in den benötigten Sprachen fehlen. In Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Gesundheit müssen SenIAS und LAF den Zugang sicherstellen zu umfassenden, **verlässlichen, tagesaktuellen mehrsprachigen Nachrichten und Informationen**.

Unerlässlich ist dafür die **Installation kostenfreien WLANs** für alle Wohnräumen von Sammelunterkünften (nicht nur im Eingangsbereich), der Zugang zu PCs in den Unterkünften, sowie die Einrichtung **mehrsprachiger Telefon-Hotlines** für Flüchtlinge und Migrant*innen.

Hygienemaßnahmen ausweiten

Die **Reinigungsfrequenz** in Sammelunterkünften für Gemeinschaftsflächen, Küchen, Sanitärräume muss erhöht und **Desinfektionsmittelspender** auf allen Etagen bereitgestellt werden. In gemeinschaftlichen **WC-Anlagen** und **Küchen** müssen Desinfektionsmittelspender, Papierhandtücher, Flüssigseife zur Verfügung stehen (ist derzeit in Berlin in der Regel nicht der Fall).

Maßnahmen zur Kinderbetreuung

Wegen der Schul- und Kitaschließungen droht Eltern und Kindern ein „Lagerkoller“. Die Kinder laufen zudem Gefahr, den Anschluss im Unterricht zu verlieren, wenn sie mangels WLAN, PC und Drucker keinen Zugang zu Online-Lernmaterialien haben. Daher sollten individuelle **Kinderbetreuungsangebote** durch zusätzliches haupt- und ehrenamtliches Personal organisiert (Schularbeitshilfe, Freizeitangebote, Ausflüge in Parks usw.) und technische Hilfe bei der Bereitstellung des **Online-Lehrmaterials der Schulen** geboten werden.

Aufenthaltsdokumente und Sozialleistungen von Amts wegen verlängern

Um persönliche Vorsprachen in den Behörden zu vermeiden, fordern wir die Verlängerung von Aufenthaltsdokumenten, **Sozialleistungen** und **Kostenübernahmen** für Unterkünfte von Amts wegen. Soweit mangels Konto keine Überweisung möglich ist, muss die Auszahlung von Bargeld notfalls vor Ort in den Unterkünften organisiert werden.

Verzicht auf Vorsprachen bei Sozial-, Ausländer- und Asylbehörden, Hinweis auf die Möglichkeit von Anträgen und Übermittlung von Dokumenten per **Brief, Email, Fax**. Umstellung auf **Online-Verfahren**.

Verzicht auf Fristen zur Beschaffung von Dokumenten bei Botschaften und Konsulaten und über Familienangehörige in den Herkunftsländern.

Schriftliche Asylantragstellung ermöglichen, Rechtsmittelfristen aussetzen.

Das Asylbundesamt **BAMF** muss ab sofort analog § 14 Abs. 2 AsylG **schriftliche Asylanträge** für *alle* Asylsuchenden zulassen. Dies gilt bisher nur für Menschen in stationärer Krankenhausbehandlung usw., Minderjährige und Inhaber eines Aufenthaltstitels.

Die **Klagefrist** beträgt bei Asylbescheiden je nach Fallkonstellation nur **1 oder 2 Wochen**. Da das BAMF Asylanörungen gestoppt hat, werden derzeit offenbar vermehrt Asylbescheide erstellt, ohne Rücksicht darauf, dass die Betroffenen gar keine Gelegenheit haben, rechtzeitig Rechtsmittel einzulegen, weil aktuell Migrations- und Asylverfahrensberatungsstellen nicht mehr geöffnet haben und der Zugang zu Anwälten stark eingeschränkt ist. Wir fordern daher die **Aussetzung negativer Asylbescheide des BAMF**, hilfsweise die Aussetzung von Rechtsmittelfristen und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand für während der Coronakrise zugestellte ausländerrechtliche und Asylbescheide.

Zugang zu Ärzt*innen und Medikamenten sichern

In Berlin ist der Zugang Geflüchteter zu Arztpraxen und notwendigen Medikamenten nicht uneingeschränkt möglich (manche Praxen sind geschlossen, viele Praxen nehmen derzeit pauschal "*keine neuen Patient*innen*", viele Praxen akzeptieren die vorläufige Bescheinigungen des LAF für neu aufgenommene

Flüchtlinge nicht, weil die Versicherungsnummer fehlt, usw.). Die kassenärztliche Vereinigung muss unbedingt den Zugang zu ärztlicher Versorgung für Alle sicherstellen.

Zugang zu medizinischer Versorgung für illegalisierte Menschen sichern

Für Menschen ohne Papiere und von Sozialleistungen ausgeschlossene **EU-Bürger*innen** muss der Zugang zum regulären Gesundheitssystem und zu Corona-Tests ermöglicht werden. Dies erscheint auch epidemiologisch notwendig. Voraussetzung ist eine Zusage, dass Gesundheitsämter keine Informationen an Ausländerbehörden und Polizei weitergeben. Eine temporäre Gesundheitskarte einzuführen, wäre eine Lösung.

Aussetzung von Abschiebungen

Deutschland ist Hochrisikogebiet. Abschiebungen bedeuten nicht nur die Gefahr einer Infektion zwischen Abgeschobenen, Polizei und Flugpersonal, sondern auch der weltweiten Verbreitung des Virus. **Abschiebungen sind daher in alle Länder sofort offiziell auszusetzen. Den Betroffenen sind Duldungen zu erteilen.** Alle Inhaftierten aus der Abschiebehafte sind sofort zu entlassen, da Abschiebungen absehbar nicht möglich sind, und in Haftanstalten ein stark erhöhtes Infektionsrisiko besteht.

Kontakt:

Bei Fragen und Interviewwünschen rufen Sie uns gerne an oder schicken eine Email:
Flüchtlingsrat Berlin, Tel. 030 22 47 63 11, buero@fluechtlingsrat-berlin.de